

DGB-Umfrage

Alarmierend: Zunahme prekärer Arbeit

Rainer Vogt - Quelle: www.spd.de - 7.12.2010

Nur 15 Prozent der Beschäftigten in Deutschland sind mit ihrem Job so zufrieden, dass sie ihn als „gut“ bezeichnen. Ein Drittel benotet ihn mit „mangelhaft“, 52 Prozent halten ihre Arbeitsbedingungen für „mittelmäßig“. DGB-Chef Michael Sommer präsentierte diese Zahlen heute in Berlin.

Seit 2007 gibt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) jährlich eine Umfrage in Auftrag, mit dem Ziel, mehr über die Stimmungslage von Beschäftigten zu erfahren. Und das Ergebnis in diesem Jahr ist ernüchternd: Mehr als die Hälfte der 4150 Befragten hält ihre Arbeitsbedingungen für mittelmäßig.

Ein Drittel gibt Job-Note „mangelhaft“

Im Vergleich zur vorangegangenen Befragung gab es nach den Worten Sommers eine nur minimale Verbesserung bei der Bewertung. Gute Noten für den Arbeitsplatz erteilten im vergangenen Jahr zwölf Prozent der Beschäftigten.

Ein alarmierendes Ergebnis: die Zunahme von prekärer Arbeit und Leiharbeit. „Wir werden nicht eher Ruhe geben, bis wir eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt etabliert haben, die uns dem Ziel einer guten Arbeit näher bringt“, sagte der DGB-Vorsitzende. Er bezeichnete die Studie mit 4150 Befragten als repräsentativ.

Ausbreitung von Niedriglohnjobs

Kritisiert wurden unzureichende Einkommensbedingungen und berufliche Unsicherheit - aber auch Führungsstil und Betriebskultur lassen laut Sommer „oft zu wünschen übrig“. Besonders unzufrieden äußert sich im „DGB-Index Gute Arbeit 2010“ die Gruppe der befristet Beschäftigten: 39 Prozent von ihnen nennen ihre Situation belastend, die Hälfte empfindet sie als „mittelmäßig“. Sommer kritisierte, dass mehr als ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten weniger als 2000 Euro brutto im Monat verdienen. Nach den DGB-Maßstäben liegen sie damit „im prekären Bereich“. Darin zeige sich die Ausbreitung von Niedriglohnjobs.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ IG-Metall-Chef Berthold Huber forderte die schwarz-gelbe Regierung auf, die „richtigen Konsequenzen aus der Überwindung der Krise“ zu ziehen und die „Welle von Befristungen und Leiharbeit [zu] brechen“. Ein Mindestlohn in der Zeitarbeit, wie ihn Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) plane, könne den Missbrauch von Leiharbeit nicht verhindern. Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ müsse endlich gelten. In der Metall- und Elektroindustrie waren laut einer IG-Metall-Umfrage zuletzt 43 Prozent der Neueingestellten Leiharbeiter und 42 Prozent befristet Beschäftigte.